

## **1. Rahmenbedingungen an Entwicklungen der Energiewende anpassen**

### **a) Welche energiepolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Energiewende zu gewährleisten?**

Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss der zukünftige Strombedarf realistisch prognostiziert werden. Die Mehrzahl der Prognosen geht von einem steigenden Bedarf aus. Dieser entsteht unter anderem durch den Umstieg auf Elektromobilität und auf stromgeführte Wärmepumpen. Das muss sich in den Ausbaupfaden für erneuerbare Energien niederschlagen. Die Begriffe Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit hängen für uns eng mit den Begriffen Ressourcenschonung und Energieeffizienz zusammen. Energiewende findet vor allem auch in der Kommune statt. Regionale und dezentrale Energieversorgung stehen für uns im Mittelpunkt, dabei spielen auch die Stadtwerke in unserem Land eine zentrale Rolle. Wir wollen auch, dass Kommunen endlich zugunsten einer regionalen und umweltfreundlichen Energieversorgung wirtschaftlich tätig sein dürfen. Dazu werden wir die Kommunalverfassung anpassen. Klimaschutz ist für viele Kommunen zwangsläufig leider immer noch ein Randthema, da es eine freiwillige Aufgabe ist. Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, in dem insbesondere zu regeln ist, welche vordringlichen Aufgaben die Kommunen zum Schutz des Klimas erfüllen sollen. So werden wir wichtige Investitionen und Weichenstellungen in Energieeffizienz, Ressourcenschonung und erneuerbare Energien vor Ort voranbringen, aktiven Klimaschutz in den Kommunen betreiben und Betriebskosten in den kommunalen Gebietskörperschaften einsparen.

### **b) Für welche konkreten Maßnahmen im Land wie im Bund würde sich Ihre Partei in der künftigen Landesregierung verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?**

Der Stromleitungsausbau ist der Eckpfeiler der Energiewende. Nur wenn wir den Strom vom Ort seiner Erzeugung zum Verbraucher bringen, kann die Energiewende weiter vorangetrieben werden. Leider lief der Netzausbau in den letzten Jahren sehr schleppend. Wichtig ist daher, dass es eine weitere Standardisierung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gibt, ohne jedoch die Öffentlichkeitsbeteiligung zu beschneiden. Des Weiteren müssen wir auch über Akzeptanz steigernde Maßnahmen reden. Diese Debatte, die bereits im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien geführt wird, sollte auch auf den Netzausbau ausgeweitet werden.

### **c) Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende in Sachsen-Anhalt erhöhen? Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich vor? Welche Möglichkeiten zur Senkung Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer in Sachsen-Anhalt sehen Sie?**

Die Akzeptanz erhöhen wir, wenn wir die Energiewende als Mitmachprojekt gestalten. Die Novellierung des EEG 2021 enthält hier erste Ansätze. So werden beispielsweise durch Mieterstrommodelle Anreize geschaffen. Natürlich kann dies nur ein erster Schritt sein. Nach wie vor scheuen sich viele Menschen, eine PV-Anlage zu installieren, da dies mitunter mit viel Bürokratie verbunden ist. Mit den neu geschaffenen Regelungen des § 36k im EEG ist erstmals auch eine konkrete finanzielle Beteiligung der Kommunen gegeben. Die Kommunen werden dadurch direkt an der Wertschöpfung der regionalen Energieerzeugung beteiligt. Wir werden für die Bürger\*innen, Kommunen und Projektierungsbüros zielgruppenspezifische Angebote der Unterstützung schaffen. Dafür soll es eine Servicestelle „Energiewende“ als „Kümmerer vor Ort“ bei der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH (LENA) sowie eine bedarfsgerechte Ausstattung der regionalen Planungsgemeinschaften geben. Außerdem sollen

die kommunalen Stadtwerke eine hervorgehobene Rolle einnehmen. Hier wäre es wünschenswert, wenn die lokalen Akteur\*innen Bürger\*innenstromprojekte initiieren.

Ein letzter Punkt: Bis 2023 sieht der Bundesgesetzgeber vor, bundeseinheitliche Netzentgelte einzuführen. Dieser Schritt ist wichtig und fair, denn derzeit sind die Kosten nicht fair verteilt und kann Vorurteile und ablehnende Haltungen gegenüber Netzausbau und Erneuerbaren verstärken. Es ist also wichtig, die Kosten der Energiewende gerecht auf alle Schultern zu verteilen.

**d) Welche Vorstellungen haben Sie, um langfristig die Wirtschaftlichkeit der Gasverteilernetze bzw. neuer Ortserschließungen in der Fläche zu erhalten?**

Wir können uns vorstellen, dass Wasserstoff zukünftig in vielen Bereichen zum Einsatz kommt. Neben der Industrie umfasst das auch die Mobilität oder den Wärmemarkt. Deutschland hat den Ausstieg aus der Kohle und dem Atomstrom beschlossen. Wir sind damit Vorreiter. Jetzt gilt es, die Transformation zu schaffen. Mit der Hilfe von Brückentechnologien werden wir die Versorgungssicherheit garantieren. Gas gehört da dazu. Klimaschädliche Emissionen können durch die Beimischung von Wasserstoff schon heute reduziert werden. Langfristig sollte allerdings die Umrüstung der Gasverteilernetze auf Wasserstoffverteilernetze das anvisierte Ziel sein. Dazu benötigen wir schon heute das Know-how der Gasnetzbetreiber, denn zunächst muss die Entstehung regionaler Wertschöpfungsketten unterstützt werden, so dass Wasserstoff ortsnahe weiter veredelt werden, oder in industriellen Prozessen zum Einsatz kommen, kann.

**2. Regulierung und Finanzierung auch zur Stärkung der VNB als wesentlicher Unterstützer der Energiewende nutzen**

**a) Wird sich Ihre Partei für bessere Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, wie?**

Unsere Verteilungsnetze stehen vor großen Herausforderungen. Die Mobilitätswende, der Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom oder die Sektorenkopplung werden Investitionen in die Netze notwendig machen. Wir werden uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verlässlich sind, so dass die Verteilungsnetze wirtschaftlich errichtet und betrieben werden können. Hier werden wir anregen, auf Bundesebene eine wettbewerbsfähige und verlässliche Verzinsung des Eigenkapitals der Netzbetreiber sicherzustellen ohne jedoch die Netzentgelte über Gebühr erhöhen zu müssen.

**b) Wie ist Ihre Position zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung für Netzinvestitionen? Werden Sie sich für eine Anpassung der Regulierung einsetzen?**

Deutschland hat im Vergleich zu anderen Staaten der EU einen niedrigen Eigenkapitalverzinsungssatz. Hier gilt es im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit die Methodik der Zinsbildung zu prüfen.

**c) Verwenden Sie sich beim Redispatch für eine Bewertung der Engpassmanagementkosten (EPMK) als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten (dnbK) und für eine rechtzeitige Anpassung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV). Die aktuelle Regelung läuft im September 2021 aus.**

Eine Fachgruppe der SPD-Bundestagsfraktion ist derzeit mit dem Thema befasst. Wir hoffen, dass rechtzeitig eine gute Kostenlösung gefunden wird, da uns ansonsten ab 01.10.21 eine Regelungslücke droht.

**d) Wie ist Ihre Position zur Verlängerung der Übergangsregelung nach §34 Abs. 5 ARegV (Übergangssockel) über die 3. Regulierungsperiode hinaus?**

Es ist generell wichtig, dass wir eine sinnvolle Kostenregelung finden. Sollte diese nicht bis zum 31.09 gefunden werden, dann erscheint eine Übergangsregelung sinnvoll, da derzeit alle nach dem 01.10.21 entstehenden Kosten des Redispatch nicht mehr erfasst werden. Es entstünde eine Regelungslücke. Entsprechende Regelungen müssen allerdings auf Bundesebene erfolgen.

**3. Die Verteilnetze als Rückgrat und Zukunftsmotor einer nachhaltigen regionalen Energieversorgung**

**a) Wie beurteilen Sie im Rahmen der geplanten Wasserstoffstrategie des Landes Sachsen-Anhalt die Rolle der VNB? Befürworten Sie die regulatorische Anerkennung und Förderung bei der Beimischung von Wasserstoff in bestehende Gasnetze?**

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sachsen-Anhalt eine Wasserstoffstrategie erarbeitet. Als SPD Sachsen-Anhalt bekennen wir uns klar zum Umstieg auf Wasserstofftechnologien. Wasserstoff soll dabei nicht nur in der Industrie, zum Beispiel in der Stahlproduktion, zum Einsatz kommen, sondern auch in der Mobilität. Im Weißbuch zur Entwicklung einer Wasserstoffstrategie für Sachsen-Anhalt wird von drei möglichen Szenarien gesprochen. Da die SPD auf Wasserstoff in der Industrie und in anderen Sektoren setzt, erscheint ein engmaschiges und flächendeckendes Verteilernetz sinnvoll. Die Beimischung von Wasserstoff in bestehende Erdgasnetze wird kontrovers diskutiert. Kritiker befürchten, dass dies ein Hemmschuh für die Entstehung eines eigenständigen Wasserstoffmarktes ist. Das werden wir im Blick halten. Dafür spricht aus unserer Sicht, dass klimaschädliche Emissionen schon heute reduziert werden können. Technisch wäre dies ohne Weiteres möglich. Aus unserer Sicht kann dies ein Weg sein, die Produktion von grünem Wasserstoff anzukurbeln, da ein verlässlicher Absatzmarkt geschaffen wird.

**b) Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasauschreibungen?**

Dadurch könnten schon heute klimaschädliche Emissionen gesenkt werden. Die Einführung wäre daher zu begrüßen.

**c) Wie sehen Sie die Rolle der Verteilnetzbetreiber beim Roll-out der Elektromobilität und wie wollen Sie diese politisch fördern?**

Sachsen-Anhalt muss in den nächsten Jahren in die Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge investieren. Hierzu werden wir die Attraktivität der Förderoptionen des Landes verbessern, um die schnelle Errichtung von Ladeinfrastruktur zu erreichen. Parallel dazu müssen auch die Verteilnetze fit gemacht werden und der Anschluss von Ladeeinrichtungen passgenau reguliert werden. Da die Ladestationen für E-Autos hauptsächlich an die Nieder- und Mittelspannungsebene des Verteilnetzes angeschlossen sind, kommt den Verteilnetzbetreibern beim Roll-Out der Elektromobilität eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Um den Roll-Out erfolgreich abzuschließen, bedarf es zusätzlich einer Landeskoordination und einem Masterplan.

**d) Wie stehen Sie zu den Herausforderungen der VNB in Bezug auf Digitalisierung vor dem Hintergrund der Bedeutung von Steuerbarkeit, Sicherheit und optimierten Netzausbau?**

Die Herausforderung für Verteilnetzbetreiber im Bereich Digitalisierung liegen auf der Hand. So müssen Lösungen für Erzeugungs- und Lastenprognosen oder für eine Intelligente Netzsteuerung gefunden werden. Um hier Herausforderungen erfolgreich zu bestreiten, müssen auch politische Rahmenbedingungen passen. Die SPD möchte die Digitalisierung und den damit verbundenen Kulturwandel noch stärker als Querschnittsaufgabe verstehen. Bisher innerhalb der Landesregierung getrennte Kompetenzen für digitalen Wandel und IT-Infrastruktur müssen in einer Hand, zum Beispiel einem eigenständigen Digitalministerium, zusammengeführt werden. Mit der Weiterentwicklung der Digitalen Agenda und dem Aufbau einer Digitalagentur des Landes zeigen wir zusätzlich, dass wir den digitalen Wandel als zentrale Aufgabe und große Chance für Sachsen-Anhalt wahrnehmen.